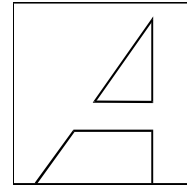




Focus Brasilien

Nr. 5 / 2005 – 07. Juni 2005



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Studienzentrum Rio de Janeiro
Leiter: Dr. Wilhelm Hofmeister

Korruption und Stimmenkauf stürzen Regierung Lula in ihre bisher schwerste Krise

Arbeiterpartei und Präsident im Zentrum eines Korruptionsskandals, Impeachment gegen Präsident Lula nicht ausgeschlossen

von **Wilhelm Hofmeister**

Die Arbeiterpartei von Präsident Lula da Silva hat in den letzten Jahren das parlamentarische Wohlverhalten von Abgeordneten der zwei kleinen Koalitionsparteien PL und PP mit monatlichen Zahlungen in Höhe von 30.000,- Reais (ca. 10.000 Euro) erkauft. Das hat der Vorsitzende einer weiteren Koalitionspartei (PTB) bekannt gegeben, der selbst als Drahtzieher eines Korruptionssystems in öffentlichen Einrichtungen bekannt wurde. Die Arbeiterpartei hatte die Zahlungen zunächst vehement bestritten, doch die Regierung selbst gab die Schmiergeldzahlungen indirekt zu. Damit hat die seit Wochen schwelende politische Krise einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Möglicherweise werden noch weitere Unregelmäßigkeiten aufgedeckt. Ein Ausgang der Krise ist zur Zeit nicht vorhersehbar.

Die Montagsausgabe der Tageszeitung *Folha de São Paulo* veröffentlichte am 06. Juni 2005 ein hochbrisantes Interview mit dem Abgeordneten Roberto Jefferson, dem Vorsitzenden der Koalitionspartei PTB (Partido de Trabalhadores do Brasil), einer der Koalitionsparteien von Präsident Lula da Silva. Jefferson behauptete, der Schatzmeister der Arbeiterpartei (PT) zahle seit 2003 (dem Jahr des Amtsantritts von Präsident Lula) monatlich 30.000,- Reais (ca. 10.000,- Euro) an Abgeordnete der Koalitionsparteien PL (Partido Liberal, die Partei des Vizepräsidenten José Alencar) und PP (Partido Popular, die Partei des jetzigen Parlamentspräsidenten José Serverino), um deren Wohlverhalten zu erkaufen. Er selbst habe Zahlungen für sich und die Abgeordneten der PTB zurückgewiesen. Im Frühjahr 2005 habe er Präsident Lula persönlich vor diesen Zahlungen gewarnt, worauf sie eingestellt worden wären. Das habe viel Unmut bei den Abgeordneten gegen die Regierung hervorgerufen.

Der Inhalt dieses Interviews und die Behauptungen von Jefferson wurden der Regierung offensichtlich noch in der Nacht von Sonntag auf Montag bekannt. In einer ersten Stellungnahme am Montagmorgen hat die Arbeiterpartei (PT) „mit Überraschung und Indignation“ die Behauptungen von Jefferson zur Kenntnis genommen. Erklärt wurde: „Die PT bestreitet die Behauptungen des Abgeordneten Roberto Jefferson, denn diese haben nicht

die geringste Basis mit der Realität. Das Verhältnis der PT mit allen Parteien der Regierungskoalition, einschließlich der PTB, basieren auf politischen und programatischen Voraussetzungen und auf dem Ziel, die Regierungsfähigkeit des Landes zu garantieren ...” Nur wenige Stunden später aber räumten sowohl der Minister für die Politische Koordination, Aldo Rebelo, als auch der Führer der Regierungsparteien im Senat, Aloizo Mercadante (PT), ein, dass Jefferson gegenüber Präsident Lula diese Monatszahlungen („*mensalão*“) erwähnt hatte und der Präsident daraufhin eine Untersuchung angeordnet habe. Erklärungen weiterer Politiker im Verlauf des Tages, darunter u.a. von seiten des PT-Abgeordneten und vormaligen Kommunikationsministers Miro Teixeira, bestätigten die Monatszahlungen. Zudem wurde deutlich, dass Jefferson wohl bei weitem nicht alles mitgeteilt hatte, was er weiss, und dass möglicherweise mit weiteren Informationen zu rechnen ist, die die Situation der PT und der Regierung weiter verkomplizieren können.

Präsident Lula da Silva hat in einer ersten Maßnahme die Direktoren der Post und des Rückversicherungsunternehmens IRB (*Instituto de Resseguros do Brasil*) entlassen, die im Zentrum eines Korruptionsskandals standen, der die jetzige Krise ausgelöst hat. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, dass damit der jetzige Skandal und die sich anbahnende schwere Regierungskrise bewältigt werden können.

Anlass der Krise

Die aktuelle Krise geht zurück auf die Aufdeckung eines Korruptionsnetzes in staatlichen bzw. vom Staat kontrollierten Unternehmen zurück. Am 15. Mai hatte die Zeitschrift *Veja* ein verdeckt aufgezeichnetes Gespräch mit einem leitenden Angestellten der Post veröffentlicht, der für das Beschaffungswesen zuständig war. Der Mann hat während des Gespräches nicht nur ein Geldgeschenk eingesteckt, sondern auch freimütig darüber geplaudert, wie das Korruptionswesen in der Post funktioniert, wie er und andere Direktionsmitglieder von dem PTB-Vorsitzenden Jefferson in ihre Position empfohlen wurden und wie sie Jefferson persönlich Rechnung legen und Geld für die Parteikasse übergeben. Der PTB-Vorsitzende stand damit im Zentrum eines Skandals. In den Medien wurde daran erinnert, dass er vor 13 Jahren bis zuletzt den wegen Korruption angeklagten Präsidenten Collor de Mello unterstützt und das Impeachment gegen diesen Präsidenten zu verhindern versucht hatte. Seither galt Jefferson zwar als korruptionsanfällig, doch hielt das die PT nicht davon ab, auch ihn und seine Partei PTB in die Koalition aufzunehmen. Als Gegenleistung konnte Jefferson verschiedene Personen in Leitungspositionen staatlicher Unternehmen empfehlen - und dafür bei diesen kassieren.

Die Oppositionsparteien im Parlament nahmen die Aufdeckung des Korruptionsskandals bei der Post zum Anlass, die Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu fordern. Das versuchte die Regierung um nahezu jeden Preis zu verhindern. Präsident Lula empfing den Abgeordneten Jefferson im Regierungspalast, sprach ihm sein Vertrauen aus und ermahnte die Medien, den Abgeordneten als unschuldig zu behandeln, so lange keine klaren Beweise gegen ihn vorlägen und er nicht verurteilt sei. Weil sich aber in den Medien die Nachrichten über weitere Korruptionsfälle überschlugen, in die Jefferson verwickelt war – u.a. hat er einen Monatsbeitrag in Höhe von 400.000 Reais (ca. 130.000 Euro) von einem Vertrauten in der Direktion des Rückversicherungsunternehmens IRB eingefordert – wuchs der öffentliche Druck auf die Abgeordneten, der Einrichtung der parlamentarischen

Untersuchungskommission zuzustimmen. Selbst etliche PT-Abgeordnete haben dies unterstützt und dem Druck der Regierung nicht nachgegeben, die zuletzt noch den Finanzminister einspannte, um mit der Freigabe von Finanzmitteln für Projekte einzelner Abgeordneter die Untersuchungskommission zu verhindern. Die jetzige Information von Jefferson, die von Regierungsseite bestätigt wurde, wonach die Monatszahlungen an die Abgeordneten der PL und PP etwa seit März eingestellt wurden, erklären, warum sich viele Abgeordnete nicht mehr veranlasst fühlten, die Regierung zu unterstützen bzw. warum die Regierung so nervös auf die Einrichtung der Untersuchungskommission reagierte.

Es bestätigte sich erneut, dass die Regierung zur Zeit nicht über eine Mehrheit im Parlament verfügt. Nach der Einrichtung der Untersuchungskommission versuchte die Regierung, deren Vorsitzenden und Berichterstatter zu bestimmen, um das Verfahren zu kontrollieren. Ganz offensichtlich fürchtete die Regierung, die Untersuchungskommission könnte unangenehme Informationen zu Tage fördern. Im Zentrum der öffentlichen Anklage stand der Abgeordnete Jefferson, doch war es deutlich, dass er nur eine Figur in einem komplexeren System war.

Trotz der Vertrauenserklärung von Präsident Lula geriet Jefferson in den letzten Tagen unter zunehmenden Druck und nachdem immer mehr Details seines Korruptionssystems öffentlich wurden, war es klar, dass er sich nicht mehr lange halten und möglicherweise sein Mandat verlieren würde. Seine Partei hat ihn am 07. Juni ausgeschlossen. Innerhalb der PT gab es einige Absetzungsbewegungen, die ihn nun veranlassten, mit einem Teil seines Wissens an die Öffentlichkeit zu gehen. Es ist sehr stark damit zu rechnen, dass er noch weitere Informationen preisgeben könnte, die eine viel tiefere Verwicklung der Regierung in ein Korruptionsschema zeigen. Allein seine Ausführungen im Zeitungsinterview mit der *Folha de São Paulo* offenbaren schon ein Ausmaß an Korruption, das für die Stabilität der Regierung höchst problematisch ist. Die Regierungspartei PT hat das letzte Maß an Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit verloren, als sie am Montagmorgen zunächst die Behauptungen von Jefferson bestritt und später kleinlaut einlenken musste.

Reaktionen

Die politische Öffentlichkeit in Brasilien reagierte betroffen und empört auf die Aufdeckung des Korruptions- und Schmiergeldsystems, das von der zentralen Regierungspartei unterhalten wurde. Die PSDB forderte eine rückhaltlose Aufdeckung der Vorgänge, doch ist man seitens dieser Partei darum bemüht eine Staatskrise nach Möglichkeit zu vermeiden. Altpräsident Cardoso empfahl, kein Feuer in die Pulverkammer zu legen. Die PFL dagegen forderte bereits ein Impeachment gegen Präsident Lula, sofern die Behauptungen von Jefferson bestätigt würden, wonach der Präsident schon seit längerem von der Existenz der Schmiergeldzahlungen an die Abgeordneten gewusst habe. Auch einige Mitglieder des Obersten Gerichtshofes deuteten bereits an, dass Präsident Lula theoretisch ein Impeachment-Verfahren gewärtigen könnte. Die Börse von São Paulo hat erschrocken auf die Nachrichten reagiert und am Montag mit deutlichen Verlusten abgeschlossen.

Es erscheint durchaus realistisch, dass weiteren Informationen bekannt werden, die die Regierungskrise noch verschärfen.